



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

17. Januar 2020

Wochenbericht KW 3

forsa | Kantar | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 28 % und 26 %, SPD zwischen 15 % und 12 % Grüne zwischen 23 % und 21 %, AfD bei 14 % bzw. 13 %
Regierungszufriedenheit:	Hälfte der Bürger bewertet die Arbeit der Bundesregierung als eher schlecht
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik und Verbesserung der Pflege am wichtigsten Kritische Beurteilung der Bundesregierung bei bezahlbarem Wohnraum
Wirtschaft:	Hälfte der Bevölkerung erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Eigene finanzielle Lage:	Mehrheit erwartet keine Veränderungen
Wichtigstes Thema:	Iran-USA-Konflikt

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa¹ für RTL/n-tv	Kantar² für BamS	FG Wahlen³ für ZDF
CDU/CSU	28 (-)	26 (-1)	27 (-)
SPD	12 (-1)	15 (+1)	14 (+1)
FDP	9 (+1)	9 (-)	7 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	22 (-)	21 (-)	23 (-)
AfD	13 (-)	14 (-)	14 (-)
Sonstige	8 (-)	6 (-)	6 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.01.	09.-15.01.	13.-15.01.

Die Union liegt bei forsa 16 (+1), bei FG Wahlen 13 (-1) und bei Kantar 11 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	14 (-1)
Scholz	31 (-)
Kramp-Karrenbauer	15 (-1)
Habeck	32 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.01.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz mit jeweils 17 (+1) Prozentpunkten Abstand deutlich hinter Olaf Scholz und Robert Habeck.

27 % (-5) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 26 % (+1) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 60 % (-) für Scholz und 11 % (+3) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Wäre Saskia Esken Kanzlerkandidatin, würden sich lediglich 12 % der Wahlberechtigten für sie entscheiden und 22 % für Annegret Kramp-Karrenbauer.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 30 % (-10) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 19 % (+3) für Habeck aus. Von den Anhängern der Grünen präferieren 65 % (+2) Habeck und 8 % (-1) Kramp-Karrenbauer.

¹ Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die Ergebnisse der Sonntagsfrage, die vom 16. bis 20.12.2019 erhoben wurde.

² Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (19.01.2020)

³ im Vergleich zur KW 50/2019

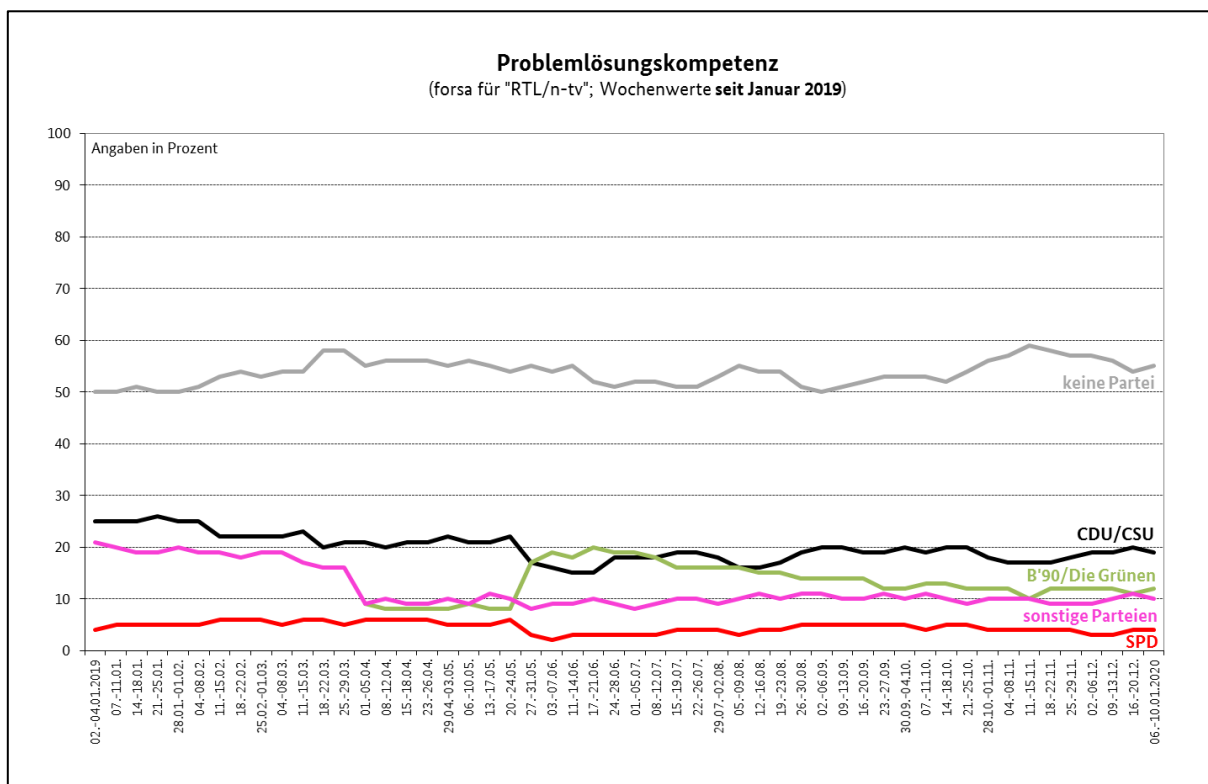
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19	(-1)
SPD	4	(-)
Grüne	12	(+1)
sonstige Parteien	10	(-1)
keine Partei	55	(+1)
Erhebungszeitraum	06.-10.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-1) Prozentpunkte vor der SPD und 7 (-2) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 55 % (+1) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Januar 2020

Angaben in Prozent

	Kantar für BPA
sehr gut	4
eher gut	40
eher schlecht	36
sehr schlecht	15
Erhebungszeitraum	08.-14.01.

Anhänger der Union (71 %), der SPD (65 %) und der Grünen (56 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut. Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger zufrieden als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (51 % zu 41 %).

Hingegen beurteilen Anhänger der AfD (98 %), der Linkspartei (69 %) und der FDP (68 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht. Ostdeutsche sind häufiger unzufrieden als Westdeutsche (61 % zu 49 %).

Wichtigkeit politischer Aufgaben im Januar 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69 (-)	29 (+2)	1 (-1)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	68 (+4)	28 (-4)	2 (-1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (-)	30 (-1)	3 (+1)	0 (-1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	59 (-)	35 (+3)	5 (-2)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	58 (+3)	34 (-1)	4 (-2)	3 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	55 (-1)	40 (-)	3 (-)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (+1)	40 (-)	5 (-1)	2 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	52 (-2)	40 (+3)	6 (-1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (+1)	43 (-2)	7 (-)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (+2)	40 (-1)	10 (-1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (+1)	39 (-)	12 (-2)	4 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	40 (-)	46 (-1)	12 (+1)	2 (+1)
neue Technologien fördern	38 (-1)	48 (+2)	11 (-1)	1 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	38 (+2)	47 (-1)	10 (-1)	4 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (-)	46 (+2)	9 (-1)	5 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	35 (-6)	52 (+9)	11 (-3)	1 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	35 (+5)	49 (-5)	12 (-1)	3 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	34 (+4)	43 (-4)	17 (+1)	5 (-)
Verbraucherschutz stärken	27 (+4)	54 (-7)	16 (+1)	2 (+1)
Staatsschulden begrenzen	27 (+3)	46 (+3)	21 (-6)	4 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	24 (-)	57 (+2)	14 (-3)	3 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (+2)	55 (-2)	16 (-1)	3 (+1)
Erhebungszeitraum	08.-14.01.			

Die Bildungspolitik und eine Verbesserung der Pflegebedingungen sind für die Bundesbürger die wichtigsten politischen Aufgaben.

Die Bildungspolitik wird von 40- bis 49-Jährigen (85 %) und Anhängern der Linkspartei (88 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher bzw. mittlerer formaler Bildung finden sie häufiger sehr wichtig als Personen mit einfacher formaler Bildung (76 % zu 59 %).

Anhänger der Linkspartei (87 %) sehen auch die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" überdurchschnittlich oft als prioritär an. Frauen finden diese Aufgabe häufiger sehr wichtig als Männer (74 % zu 62 %) und unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (72 % zu 61 %).

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Januar 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2019

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
innere Sicherheit gewährleisten	64 (-1)	33 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	63 (-2)	30 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	62 (-1)	31 (+3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	61 (-4)	34 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	60 (-5)	30 (+4)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	57 (-1)	38 (+3)
Staatsschulden begrenzen	56 (-4)	33 (+1)
Verbraucherschutz stärken	55 (+1)	36 (-2)
neue Technologien fördern	54 (+2)	38 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	52 (-3)	40 (+1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	49 (-)	47 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (+1)	52 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	43 (+7)	52 (-7)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	43 (+3)	55 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	42 (+2)	51 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (+1)	56 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (+2)	55 (-3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	35 (+3)	60 (-3)
Bedingungen der Pflege verbessern	33 (-)	62 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (+2)	64 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	27 (+1)	66 (-4)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	24 (-1)	73 (+3)
Erhebungszeitraum	08.-14.01.	

In 10 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in 11 Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Im Vergleich zur letzten Erhebung im Dezember 2019 ist im Politikfeld "Energiewende zügig vorantreiben" der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, deutlich gestiegen (+7 Prozentpunkte).

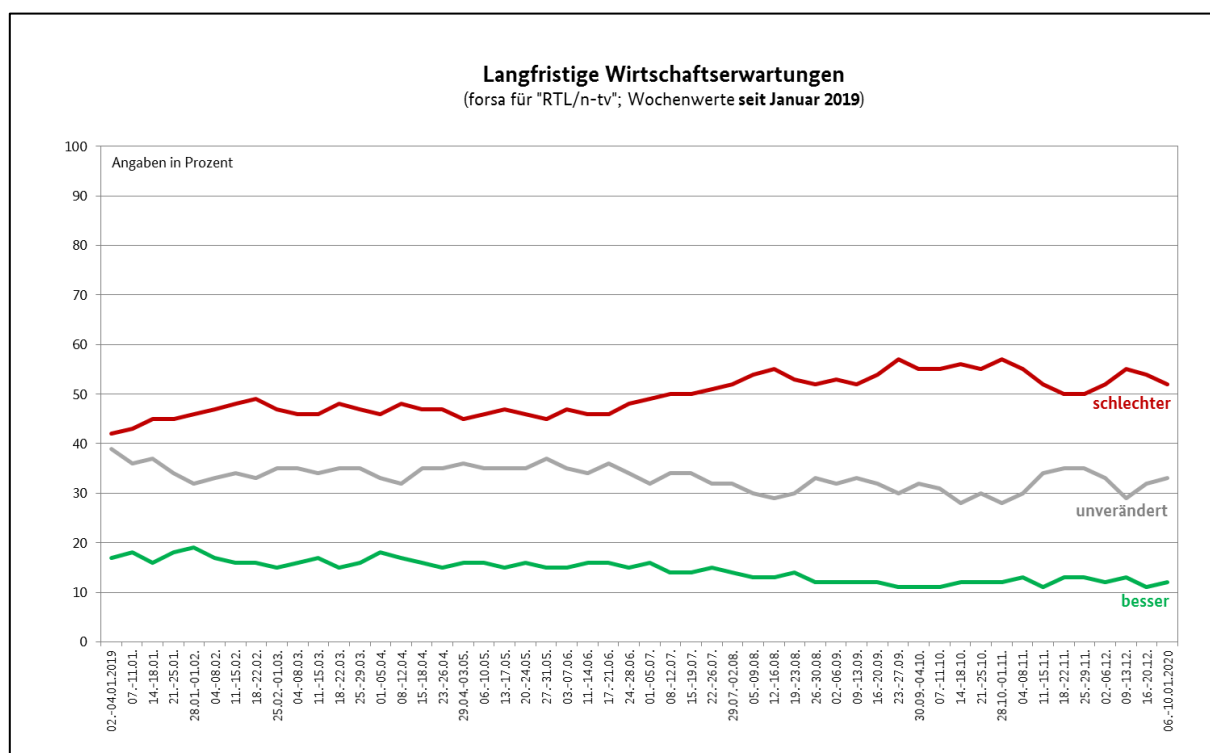
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	12	(+1)
schlechter	52	(-2)
unverändert	33	(+1)
Erhebungszeitraum	06.-10.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 40 (-3) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

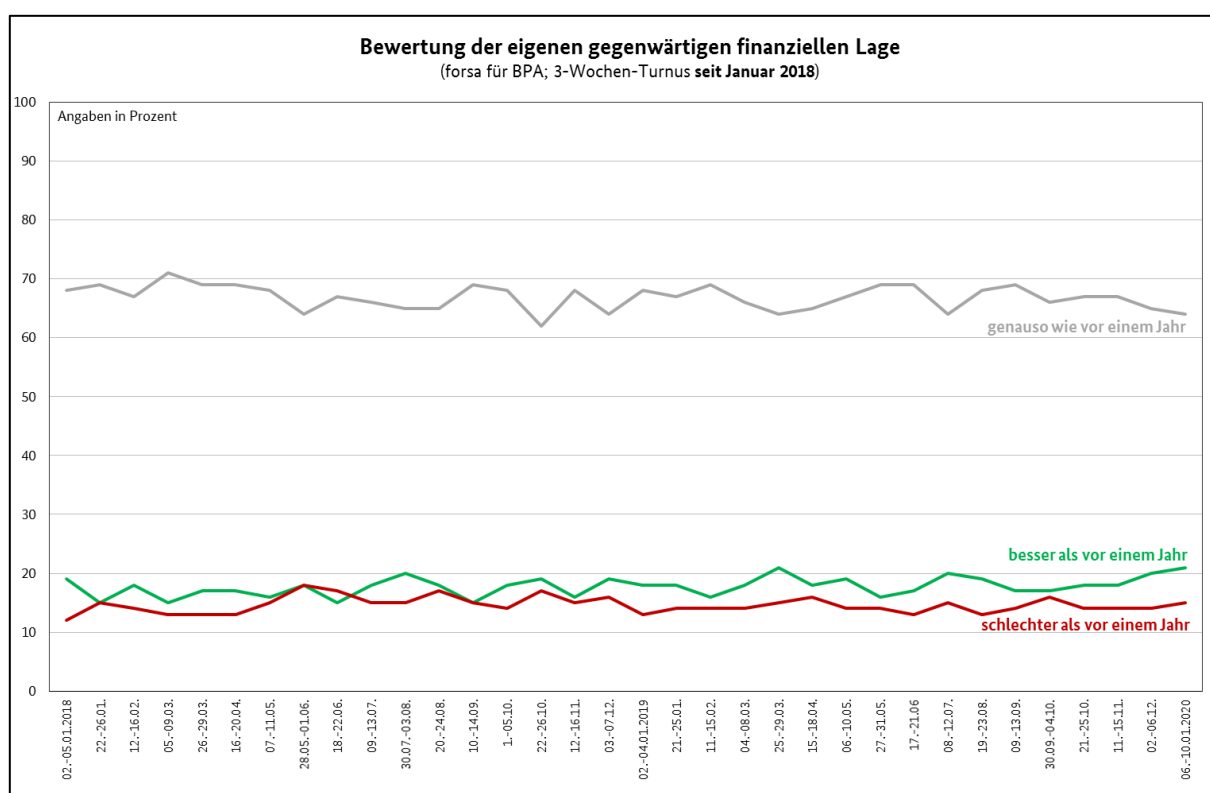


Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2019

	forsa für BPA
besser als vor einem Jahr	21 (+1)
schlechter als vor einem Jahr	15 (+1)
genauso wie vor einem Jahr	64 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-10.01.

Unter 45-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 45-Jährige (34 % zu 13 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (25 % zu 9 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (29 % zu 12 %). Auch Anhänger der Grünen (29 %) sehen überdurchschnittlich oft Verbesserungen.



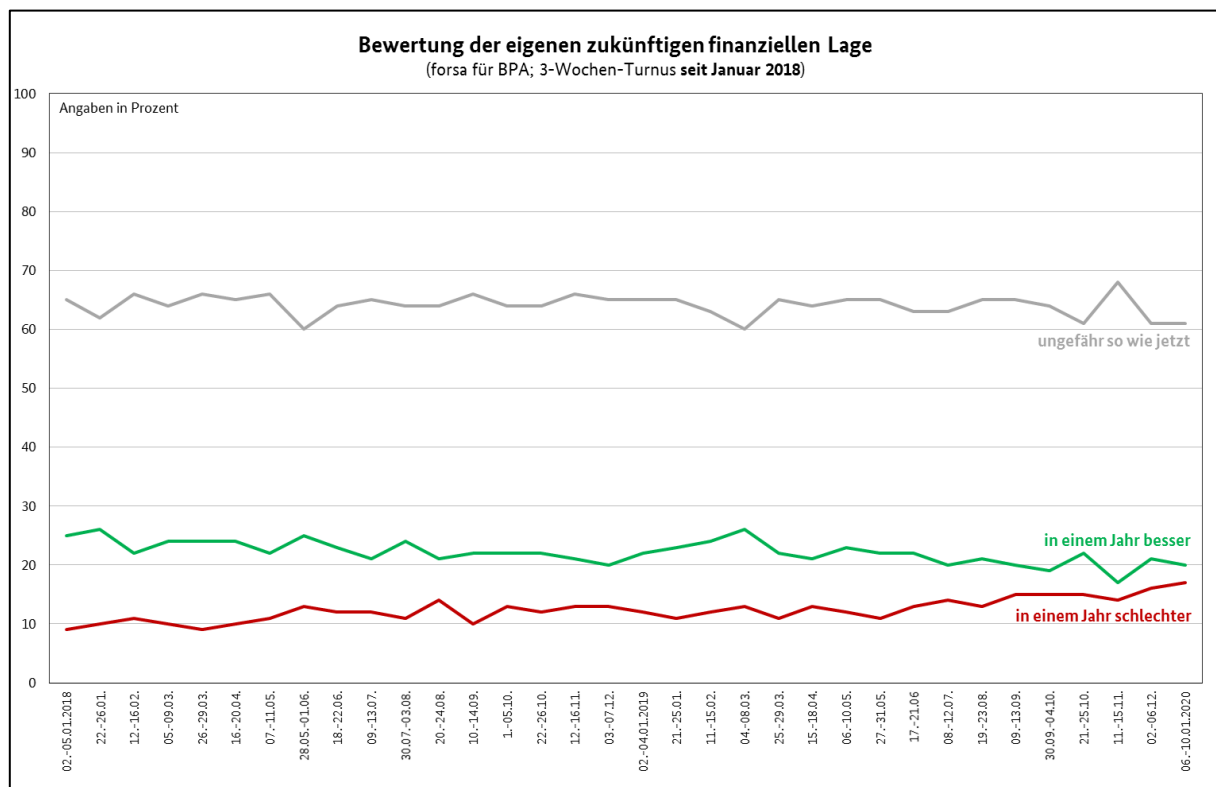
Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2019

	forsa für BPA
in einem Jahr besser	20 (-1)
in einem Jahr schlechter	17 (+1)
ungefähr so wie jetzt	61 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.01.

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 45-Jährige (34 % zu 10 %).

Anhänger der AfD (40 %) gehen besonders oft von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus. Geringverdiener sind häufiger dieser Meinung als Gutverdiener (27 % zu 14 %).



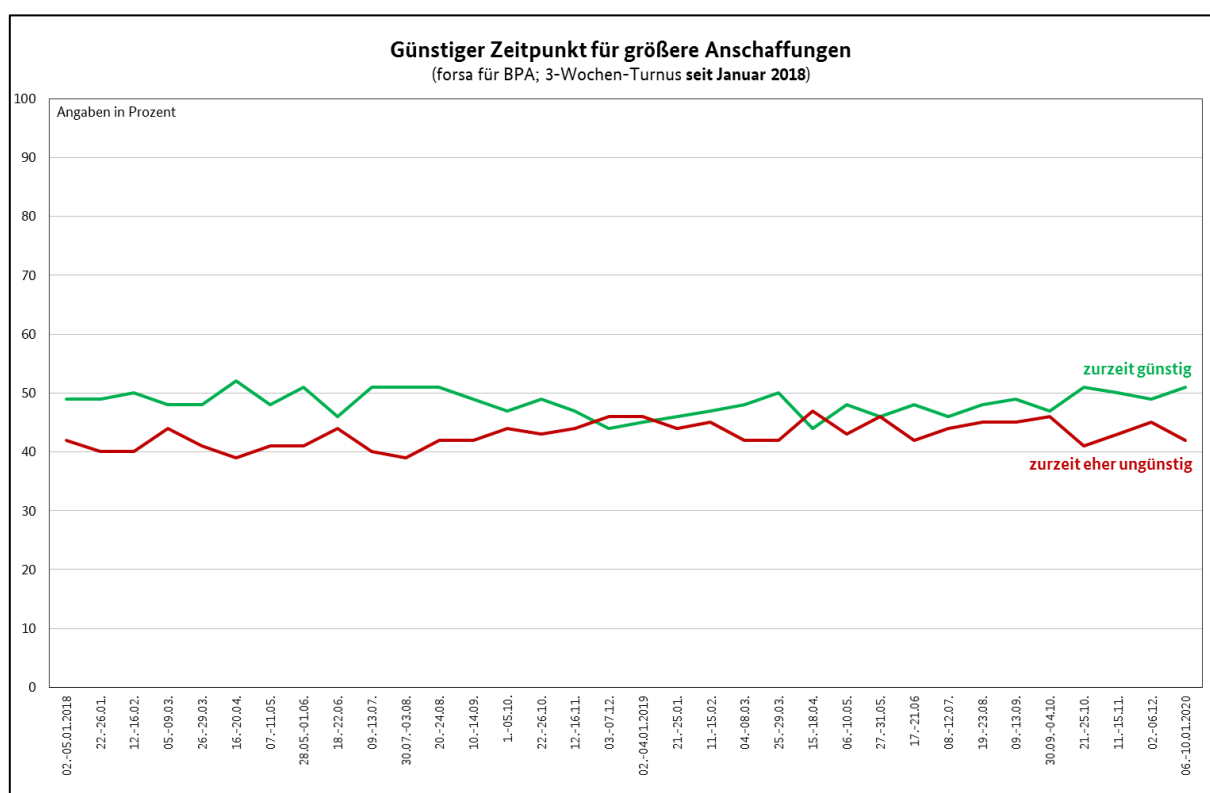
● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2019

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	51	(+2)
zurzeit eher ungünstig	42	(-3)
Erhebungszeitraum	06.-10.01.	

Anhänger der FDP (63 %) und der Grünen (60 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre. Gutverdiener glauben dies deutlich häufiger als Geringverdiener (65 % zu 22 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (57 % zu 38 %).

Unter 30-Jährige (52 %) meinen überdurchschnittlich oft, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten.



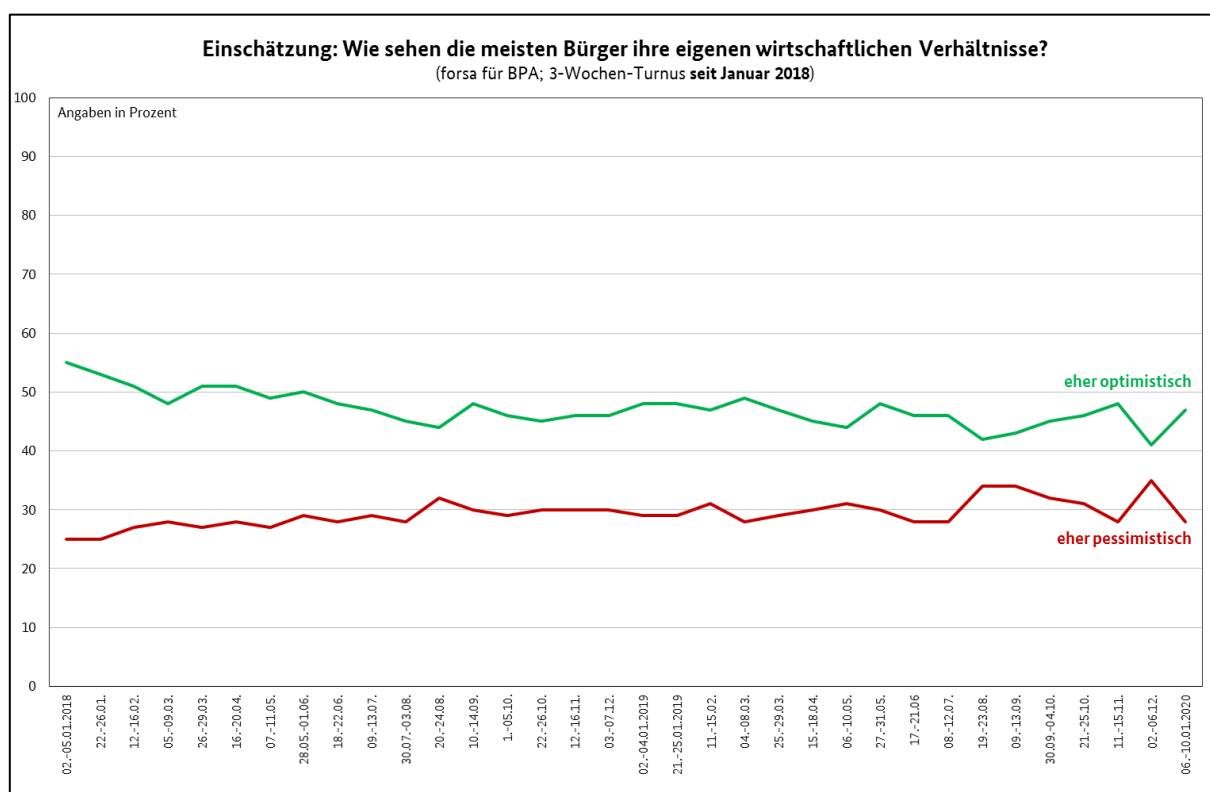
Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2019

	forsa für BPA	
eher optimistisch	47	(+6)
eher pessimistisch	28	(-7)
Erhebungszeitraum	06.-10.01.	

Gutverdiener glauben deutlich häufiger als Geringverdiener (53 % zu 33 %), dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen. Auch Anhänger der Union (56 %) sind überdurchschnittlich oft dieser Meinung.

Hingegen glauben Anhänger der AfD (45 %) besonders häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen. Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung sind häufiger dieser Meinung als Personen mit hoher formaler Bildung (34 % zu 24 %).



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Iran-USA-Konflikt	43 (-10)
Klimaschutz/-wandel	16 (+7)
Waldbrände in Australien	16 (+3)
Umweltpolitik/-schutz	5 (+1)
Erhebungszeitraum	13.-15.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am häufigsten mit dem Iran-USA-Konflikt. Anhänger der Grünen (58 %) nennen das Thema besonders häufig, Männer häufiger als Frauen (50 % zu 37 %), über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (48 % zu 36 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (51 % zu 34 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (48 % zu 38 %).

Unter 30-Jährige erwähnen den Klimaschutz/-wandel häufiger als über 60-Jährige (26 % zu 11 %).

